

Positionspapier



GEMEINSAME AGRARPOLITIK (GAP) ZUM MAßSTAB FÜR EINE NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT AUSBAUEN

Drei Forderungen für eine wettbewerbsfähige, nachhaltige und die Nahrungsmittelversorgung in Europa sicherstellende GAP

Der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) ist der politische Spitzenverband aller Genossenschaften und genossenschaftlich orientierten Unternehmen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft. Als elementarer Teil der Wertschöpfungskette Lebensmittel sind die 1.635 Mitgliedsunternehmen wichtige Partner in der Erzeugung, im Handel und in der Verarbeitung pflanzlicher und tierischer Produkte.

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist das Kernstück, welches die Land- und Ernährungswirtschaft als verbindende Klammer in ganz Europa zusammenhält. Gemeinsame Strategien, Standards und Wettbewerbsbedingungen sind in der unsicheren aktuellen Weltlage besonders wichtig.

Die Raiffeisen-Genossenschaften erwarten wettbewerbsstärkende und verlässliche Rahmenbedingungen. Das Ziel ist es, eine Land- und Ernährungswirtschaft durch die GAP so weiterzuentwickeln, dass sie wettbewerbsfähig und nachhaltig ist sowie gleichzeitig die Nahrungsmittelversorgung in Europa sichert.

DER DRV FORDERT DAHER

1. Die zukünftige GAP muss den Agrarsektor als systemrelevant für eine nachhaltige Ernährungssicherung anerkennen und stärken.

Dazu gehören:

- Ein robustes, eigenständiges GAP-Budget, das Planungssicherheit für die kommenden Jahre schafft und ländliche Räume zukunftsorientiert weiterentwickelt.

- Eine deutliche Bürokratieentlastung u.a. durch die konsequente Umsetzung des „once only“-Prinzips bei der Datenerhebung.
- Die GAP in ihrer Grundstruktur von zwei Säulen zum Maßstab für eine nachhaltige Landwirtschaft auszubauen, in der ökologische, ökonomische und soziale Aspekte gleichberechtigt berücksichtigt werden. Dabei gilt Vorfahrt für Anreize statt Ordnungsrecht.
- Kohärenz zwischen der GAP und anderen Politikbereichen wie Umwelt- und Handelspolitik sicherzustellen.
- Die Sicherstellung der EU-weiten Einhaltung bestehender EU-Gesetzgebungen, bevor über weiterführende Verschärfungen nachgedacht wird
- In Zeiten politischer Unsicherheiten und zunehmender Klimaextreme die Landwirtschaft mit einer stärkeren Förderung von Risikomanagementmaßnahmen wie Preisabsicherung oder Mehrgefahrenversicherung zu unterstützen.

2. Agrargenossenschaften müssen als Zukunftsmodell kooperativer Landwirtschaft in der GAP verankert werden.

Dazu gehören:

- Die Struktur und die Leistungen der Agrargenossenschaften anzuerkennen und eine Diskriminierung dieser Mehrfamilienbetriebe auf europäischer und nationaler Ebene aufgrund ihrer Größe und Struktur zu verhindern.
- Förderkriterien, die sich an der Betriebsgröße und Rechtsform orientieren, müssen sich bei den Agrargenossenschaften auf das einzelne Mitglied beziehen, um eine Benachteiligung zu verhindern.
- Die Gründung von Agrargenossenschaften im Zuge des Generationswechsels muss unterstützt werden. Gleichzeitig muss die Junglandwirteförderung auf alle jungen mitarbeitenden Mitglieder einer Agrargenossenschaft ausgedehnt werden, da sie als Mitunternehmer Verantwortung tragen.

Positionspapier



3. Die Sektorförderung Obst und Gemüse innerhalb des GAP-Strategieplans muss gestärkt werden.

Dazu gehören:

- Die Stärkung der Sektorförderung Obst und Gemüse.
- Ein entschiedener Bürokratieabbau in allen Fördersystemen.
- Die Vereinfachung der Fördervoraussetzungen mit Schwerpunkt Nachhaltigkeit und Umwelt.
- Die Streichung der obligatorischen Ausgaben für Forschung und Entwicklung – Forschung zu betreiben ist nicht originäre Aufgabe einer Erzeugerorganisation.
- Zurück zum Kern der Förderung: Angebotsbündelung und Stärkung der Vermarktung.

Stand: Juli 2025

Ansprechpartner

Paula Pickert
Public Affairs, Leitung Büro Brüssel
+49 30 856214-536
pickert@drv.raiffeisen.de

Guido Seedler
Getreide / Ölsaaten, Energie, Nachhaltigkeit,
Agrargenossenschaften
+49 30 856214-410
seedler@drv.raiffeisen.de

Deutscher Raiffeisenverband e.V.
Pariser Platz 3 • 10117 Berlin

Der DRV ist registrierter Interessenvertreter im Sinne des Lobbyregistergesetzes (Registernr.: R001376) und hat den Verhaltenskodex des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung akzeptiert.